

DEUTSCHE JUNGDEMOKRATEN

"Leverkusener Beschlüsse"

GRUNDSATZBESCHLÜSSE DER DEUTSCHEN JUNGDEMOKRATEN

beschlossen auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Leverkusen 1971

Inhalt

1. Gesellschaftsanalyse der Deutschen Jungdemokraten
2. Strategie der Deutschen Jungdemokraten

1. Gesellschaftsanalyse der Deutschen Jungdemokraten

A. Zielsetzung

Antrieb und Ausgangspunkt menschlichen Handelns ist die Bedürfnisbefriedigung. Sie ist wegen der Knappheit der Mittel nur im Zusammenwirken der Menschen untereinander, d.h. in kooperativer, organisierter Form und unter Weiterentwicklung des Produktionsprozesses möglich. Jede Art von Organisation schafft jedoch Abhängigkeiten in Form von Herrschafts-, Macht- oder Autoritätsstrukturen.

Zielsetzung unserer Arbeit muß die Minimierung dieser Abhängigkeiten sein. Das bedeutet: Wir müssen den Prozeß der Emanzipation vorwärtstreiben, wir müssen die demokratisierte Gesellschaft erreichen.

Dazu ist es notwendig, Herrschaft als Aneignung fremder Arbeit durch legitimierte Macht oder Autorität zu ersetzen. Legitimierte Macht und Autorität als unvermeidbare Abhängigkeiten, die aber kontrolliert, dele-

giert und jederzeit rücknehmbar sind, sind Zeichen demokratisierter Gesellschaft.

Voraussetzung für die Erlangung dieses Zieles sind individuelle Freiheit und Solidarität, die Grundelemente von Liberalismus und Sozialismus. Individuelle Freiheit, die die Verwirklichung von Chancengleichheit und Selbstbestimmung, die Erlangung der Menschenrechte und den mündigen Bürger beinhaltet, sowie die Solidarität als Verwirklichung der Grundsätze der Selbstorganisation, von Kommunikation, Koalition und der Internationalität, dürfen nicht länger als Gegensätze betrachtet werden. Nur ihre Vereinigung, d.h. die Vereinigung der Grundprinzipien von Sozialismus und Liberalismus, kann zur Verwirklichung der Demokratie bzw. der demokratisierten Gesellschaft führen.

B. Analyse

I. Historische und Gegenwartsanalyse

Der politische Liberalismus ist historisch entstanden als Emanzipationsbewegung des Besitzbürgertums im Frühkapitalismus gegen den feudalen Staat. Eine sozialistische Bewegung im marxistischen Sinne war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, da dessen Subjekt, das Industrieproletariat, erst im Entstehen war. Lohnabhängige und Bürger hatten objektiv gleichgerichtete Interessen, die im Kampf gegen den feudalen Staat gipfelten. Diese gemeinsamen Interessen fanden ihren Ausdruck u.a. darin, daß Liberale zu den Begründern der Gewerkschaftsbewegung gehörten.

Mit weitgehender Durchsetzung der bürgerlichen Forderungen und Aufkommen der emanzipatorischen Bewegung des Proletariats (Sozialismus) wurde der Großteil der liberalen Bewegung zu einer bewahrenden politischen Macht, die ihren Besitzstand gegen noch vorhandene feudale Strukturen und die Restauration des Feudalismus verteidigte, sich andererseits aber auch immer mehr gegen die anwachsende Macht des Proletariats wendete.

Dies brachte den Großteil der liberalen Bewegung (Nationalliberale) schließlich in zunehmendem Maße in die politische Abhängigkeit der Konservativen.

Die Rolle der gesellschaftsverändernden Kraft übernahmen die Sozialisten, die sich aber gegen die vereinigte Macht der Konservativen und Nationalliberalen nicht durchsetzen konnten.

Durch den Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus verlor das Besitzbürgertum seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß;

auch als Träger des Liberalismus wurde es zunehmend bedeutungslos.

Mit dem Überwachsen des Monopolkapitalismus in den Staatsmonopolkapitalismus entsteht eine neue Gesellschaftsschicht, das Bildungsbürgertum. Der Lebensstil und die Einstellung der Angehörigen dieser Schicht ähneln heute noch denen der herrschenden Klasse; mit der Bevölkerungsmehrheit haben sie gemeinsam, daß sie abhängig arbeiten, daß sie auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind. Das objektive Interesse dieser Schicht erfordert nicht die Einhaltung bestehender Machtstrukturen, sondern deren Veränderung. Sie kann damit Träger eines neuen Liberalismus werden, wenn sie ihre gesellschaftliche Rolle begreift.

So bietet sich die Möglichkeit, daß Sozialismus und Liberalismus wieder eine emanzipatorische Bewegung werden.

II. Wirtschaftliche Analyse der BRD

a) Grundlagen kapitalistischer Produktionsweise

Die Gesellschaftsform der BRD ist gekennzeichnet durch den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung; d.h. das Bruttosozialprodukt wird von der Masse der Bevölkerung hergestellt, der Großteil des Gewinns fließt jedoch einer winzigen Minderheit zu, nämlich den Eigentümern der Produktionsmittel. Daher ist für die Frage, "was und wie produziert wird", nicht die Wirtschaftlichkeit (d.h. die Gesamtwirtschaft) oder die Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung entscheidend, sondern die Profitmaximierung. Daraus ergibt sich, daß die vorhandenen Finanzmittel so eingesetzt werden, daß in möglichst kurzer Zeit ein möglichst hoher Gewinn erwirtschaftet wird; die Vernachlässigung langfristiger gesellschaftlicher Interessen in der BRD ist also keine zufällige Erscheinung, sondern systembedingt.

Die demokratische Forderung, daß die rein quantitative Steigerung des Bruttosozialprodukts nicht mehr alleiniger Maßstab des Fortschritts einer Gesellschaft sein soll, und die Betonung einer "qualitativen Produktionssteigerung" stehen also im Widerspruch zur Eigendynamik des Wirtschaftssystems der BRD.

b) Marktwirtschaft und Planwirtschaft

Ziel der Wirtschaftspolitik muß die optimale Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung sein. Dieses Ziel wird in manchen Bereichen durch das bestehende marktwirtschaftliche System erreicht. In anderen Bereichen führt das gleiche System zur gesamtwirtschaftlichen Verschwendung, zur Weckung künstlicher Bedürfnisse und zur Manipulation. Es kann

nicht darum gehen, der Marktwirtschaft die Planwirtschaft schematisch gegenüberzustellen; vielmehr muß im konkreten Fall geprüft werden, welches System für einen bestimmten Betrieb oder Wirtschaftsbereich anzuwenden ist. Besonders in folgenden Bereichen ist eine Konkurrenzsituation wiederherzustellen oder eine demokratische Planwirtschaft einzuführen:

1. unwirtschaftlich arbeitende Wirtschaftszweige (z.B. solche, in denen lediglich Marktanteile verschoben werden);
2. Unternehmen, die auf einem Wirtschaftssektor eine Monopolstellung haben;
3. Unternehmen, die ihre Machtstellung zu antidemokratischer Meinungsmanipulation mißbrauchen;
4. Unternehmen, die wiederholt wegen Wettbewerbsverstößen verurteilt wurden.

c) Staat und Wirtschaft

Bleibt die kapitalistische Wirtschaft ihrer Eigendynamik überlassen, so führt sie zu periodischen Krisen. Diese Krisen wirken sich um so stärker aus, je weiter die Produktivkräfte entwickelt sind und je mehr die Wirtschaft verflochten ist. Aus dieser geschichtlichen Erfahrung ergibt sich die Notwendigkeit wirtschaftlicher Planung, d.h. einerseits Planung der Konzerne, andererseits Globalsteuerung im staatlichen Bereich (Konzertierte Aktion, Mittelfristige Finanzplanung, Geld- und Kreditpolitik).

Dabei handelt der Staat nicht als neutrales Gremium, sondern im ausschließlichen Interesse der Gesamtheit der Kapitaleigner. So greift er bei Strukturkrisen einzelner Wirtschaftsbereiche dergestalt ein, daß unter Erhaltung der Dispositionsfreiheit und Autonomie der Kapitaleigner etwaige Verluste sozialisiert, Gewinne hingegen weiterhin privatisiert werden (vergl. u.a. Ruhrkohle AG).

Auch bei Lohnkämpfen nimmt der Staat Partei; unter Berufung auf die jeweilige Konjunkturlage werden Lohnleitlinien festgelegt, die die Einkommensverteilung weiter zu ungunsten der Bevölkerungsmehrheit verzerren:

- Im Aufschwung werden die Lohnabhängigen zum Maßhalten aufgefordert, um die Konjunkturlage nicht zu gefährden.
- In der Hochkonjunktur werden die Lohnabhängigen zum Maßhalten bei Konsum und Lohnforderungen aufgefordert, um ein Abgleiten der Konjunktur in die Rezession zu vermeiden.
- In der Rezession werden die Lohnabhängigen zum Maßhalten bei Lohnforderungen aufgefordert, um den Abschwung nicht noch zu verschärfen.

Das gleiche Phänomen zeigt sich in der Steuerpolitik: In Zeiten der Rezession werden den Unternehmern steuerliche Sonderabschreibungen gewährt, um die Wirtschaft anzukurbeln; in Zeiten der Hochkonjunktur werden die Lohnabhängigen zu 'Konjunkturzuschlägen' herangezogen, um die wirtschaftliche Lage zu entspannen.

Ein derartiges Verhalten ist nicht auf den bösen Willen der jeweiligen Regierung zurückzuführen. Auch und gerade potentiell demokratische Mehrheiten vertreten diese Politik, wie das Beispiel der sozial-liberalen Koalition zeigt. Solange eine Regierung den Bezugsrahmen des kapitalistischen Systems anerkennt, so lange ist sie gezwungen, eine Politik gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu verfolgen.

Eine Regierung kann nur an der Macht bleiben, wenn sie einen hohen Beschäftigungsgrad oder sogar Vollbeschäftigung erhält. Ein hoher Beschäftigungsgrad setzt eine hohe Investitionsrate voraus. Unter kapitalistischen Produktionsbedingungen sind hohe Investitionen von einer hohen Profitrate der Kapitaleigner abhängig; daraus ergibt sich das ständig wachsende Mißverhältnis zwischen den Einkommen der Kapitaleigner und denen der Lohnabhängigen sowie die strukturelle Unterversorgung der öffentlichen Haushalte.

Wird nun der Versuch gemacht, unter Erhaltung des bestehenden Wirtschaftssystems die Einkommensverteilung zugunsten der Bevölkerungsmehrheit zu verbessern, so werden die Lohnerhöhungen im Normalfall zum Anlaß von Preissteigerungen genommen, die die Profitrate noch mehr erhöhen. Ist ein derartiges Vorgehen der Kapitaleigner in Einzelfällen einmal nicht möglich, so sinkt die Profitrate. Besteht in einem solchen Fall nicht die Möglichkeit, in andere Wirtschaftsbereiche mit stabiler oder steigender Profitrate auszuweichen, so sinkt die Investitionsneigung; die Folge ist Arbeitslosigkeit. Die Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der Lohnabhängigen unter Erhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems dürfte also ebenso schwierig sein wie die Quadratur des Zirkels.

Es bleibt also für demokratische Kräfte im Kapitalismus nur die Möglichkeit, entweder den Anspruch auf konsequente Demokratie und soziale Gerechtigkeit oder das Bekenntnis zum Profitinteresse der Kapitaleigner, ideologisch verbrämt als "Soziale" Marktwirtschaft, aufzugeben.

Z.Zt. kann sich keine Regierung konsequent gegen die Herrschaft des Kapitals wenden, weil sie sich ohne deren Unterstützung nicht halten kann. Ebenso wenig kann eine potentiell demokratische Regierung offen Politik gegen die Bevölkerungsmehrheit treiben, weil sie dann ihre Unterstützung im Volk verliert. So wählen denn auch Sozialdemokraten und Liberale einen "Mittelweg": In der Sache vertreten sie die Interessen des Kapitals, ihrem Anspruch die Interessen der Lohnabhängigen,

indem sie ihnen durch Ausbau der sozialen Sicherheit und "Vermögensbildungspläne" das Bild einer demokratischen Gesellschaft vorgaukeln.

d) Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Dieser Geist von Ausbeutung der Abhängigen und Bevorzugung der Kapitaleigner wird auch konsequent in die internationalen Beziehungen übertragen.

Für sogenannte Entwicklungsländer wird "Kapitalhilfe" gewährt, z.T. verbunden mit der Forderung, diese solle einen bestimmten Prozentsatz des Volkseinkommens umfassen. In Wirklichkeit findet keine Vermögensübertragung statt, vielmehr sollen langfristige Kredite diese Länder unabhängig machen. Man kann in Analogie direkt von DM-Imperialismus sprechen. Daneben tritt als zweite Folge, daß die Zinslasten die entsprechenden Staatshaushalte erheblich belasten. Die Bundesregierung begünstigt durch ihre derzeitige Entwicklungshilfepolitik die steuerliche Bewegungsfreiheit der Bezieher von Großeinkommen.

Die USA setzen ihre Interessen gegenwärtig in Indochina nicht nur mit Hilfe des Kapitals, sondern auch mit militärischen Mitteln durch. Es besteht dauernd die Gefahr, daß die BRD aufgrund ihrer Bündnisverpflichtungen und ihrer sonstigen Verflechtung mit den USA in diesen oder einen ähnlichen Konflikt nicht nur (wie bisher) finanziell, sondern auch militärisch hineingezogen wird.

Aufgrund der Emanzipationsbemühungen einiger lateinamerikanischer Staaten vergrößert sich diese Gefahr. Unter Berücksichtigung zunehmender Entspannung in Mitteleuropa stellt sich die Frage, ob es das Schutzbedürfnis der BRD in Mitteleuropa noch rechtfertigt, diese wachsende Bedrohung auf sich zu nehmen.

III. Emanzipation und Produktivkräfte

Der Grad möglicher Emanzipation in einer bestimmten Gesellschaft kann nicht abstrakt bestimmt werden, sondern nur in Abhängigkeit vom jeweiligen Stand der Produktivkräfte der Produktionsmittel einerseits, der Planungsinstrumente andererseits. Emanzipation setzt die Beseitigung des Mangels voraus, Produktionssteigerung ist also ein notwendiger Teilaspekt dieses Prozesses.

Infolgedessen sind bei der Frage, ob einzelne Betriebe oder Wirtschaftsbereiche unter demokratische Kontrolle zu stellen sind, auch folgende Gesichtspunkte zu bedenken:

1. Sind die Möglichkeiten der Entwicklung der Produktivkräfte im bestehenden System voll ausgeschöpft?

2. Sind geeignete Planungsinstrumente entwickelt?

Die BRD befindet sich ebenso wie viele andere kapitalistische, aber auch sozialistische Staaten im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution. Unabhängig vom Gesellschaftssystem ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines höheren Bildungsniveaus der Gesamtbevölkerung; damit besteht für die Herrschenden im kapitalistischen System die Gefahr, daß die Bevölkerungsmehrheit ihre eigenen Interessen und die Hindernisse für deren Durchsetzung erkennt. Die Notwendigkeit der Erhöhung des Bildungsniveaus steht also im Widerspruch zum Interesse der Herrschenden an der Systemerhaltung.

In der BRD (und nicht nur hier) wird versucht, diesen Widerspruch durch Formierung des Bildungssystems im Sinne einer technokratischen Reform zu lösen. Ziel dieser "Reform" ist die Produktion brauchbarer Mitarbeiter ("Fachidioten") durch Konzentrierung des Ausbildungsstoffes und Verschärfung des Leistungsdruckes; systemkritisches Wissen wird bewußt ausgeklammert.

IV. Ideologiebildung

Ein Gesellschaftssystem, das auf ständigem äußeren Zwang beruht, ist auf die Dauer nicht lebensfähig. Daher muß zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Arbeitsleistung der Lohnabhängigen der äußere Zwang durch einen verinnerlichten Leistungszwang abgelöst und ideologisch abgesichert werden. Diese ideologische Absicherung erfolgt vornehmlich durch die Institutionen Kirche, Familie, Schule, Arbeitsplatz, Justiz, Bundeswehr, Verbände etc.

Aufgabe dieser "Ideologiefabriken" ist die Schaffung von Wert- und Verhaltensmustern, die die herrschende Gesellschaftsordnung in den Köpfen der arbeitenden Bevölkerung verankert. Dabei haben die einzelnen Institutionen unterschiedliche Aufgaben:

Durch die Familie werden schon im frühesten Entwicklungsalter in der Psyche der Kinder die Grundlagen für die kritiklose Übernahme bestehender Herrschaftsstrukturen gelegt, und zwar hauptsächlich durch Formen autoritärer Erziehung, Sexualunterdrückung und langjährige materielle Abhängigkeit. Die Entwicklung kritischen Bewußtseins insbesondere in der Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum wird dadurch systematisch unterdrückt.

In den Schulen und am Arbeitsplatz wird ein passiv-rezeptives Verhalten weiter ausgebildet.

Grundlage und ideologische Absicherung zugleich für das geforderte Verhalten sind die von den Kirchen in Zusammenarbeit mit anderen "staats-

tragenden" Kräften entwickelten Wert- und Idealvorstellungen. Verstöße gegen diese Vorstellungen werden von "Gewissensqualen" begleitet; reicht das Gewissen des einzelnen als Kontrollinstanz nicht aus, so greifen Sanktionen der Umwelt bis hin zum Einsatz von Exekutivorganen und Justiz ein.

Emanzipation setzt Erkenntnisse der eigenen Interessenlage voraus; diese Erkenntnis soll durch Ideologiebildung gerade verhindert werden. Die ideologiebildenden Mechanismen in den Institutionen müssen der Bevölkerungsmehrheit aufgezeigt werden. Der Widerstand gegen die derzeitige Funktion dieser Einrichtungen darf aber nicht auf alle, die in ihnen arbeiten, ausgedehnt werden. Bei den kritischen Kräften innerhalb dieser Institutionen bietet sich vielmehr ein Ansatzpunkt zur Umwandlung im Sinne einer Befähigung zur Ideologiekritik und zur Erkenntnis der eigenen Interessen.

V. Beschwichtigungsrolle von Parteien, Parlamenten und Gewerkschaften

Die Parteien treten heute nicht mehr als die Vertreter spezifischer Klasseninteressen auf, sondern bezeichnen sich als Volksparteien, die ein fiktives Gemeinwohl aller vertreten wollen. (Sie versprechen höhere Löhne den Arbeitern und höhere Profite den Unternehmern, mehr Subventionen für die Landwirtschaft und den Verbrauchern stabile Preise.) Die in der Gesellschaft vorhandenen Konflikte werden, wenn überhaupt, in den Parteien vorgeklärt und nur gefiltert in das Parlament getragen und so ihrer Widersprüchlichkeit entschärft.

Da die Parteien nur dann machtpolitisch effektiv sein können, wenn sie die Regierung stellen, ist die Entwicklung der Parteien in der BRD einer verhängnisvollen Eigendynamik unterworfen: Um in eine solche Machtposition zu kommen, bedürfen sie der Unterstützung der Herrschenden (finanzielle Mittel, publizistische Unterstützung)! Einmal in einer Position, müssen sie den gesellschaftlichen und ökonomischen status quo aufrechterhalten, dem sie ihre Stellung verdanken. Dadurch entsteht eine Rückkoppelung: Zugunsten der Produktion des sozialen Friedens müssen gesellschaftliche Widersprüche verwischt werden und somit die Interessen derer unterstützt werden, die aus dem sozialen Frieden den größten Gewinn ziehen. Evtl. gesamtgesellschaftliche Reformen müssen zurückgestellt werden.

So sind die Parteien Instrumente der Willensbildung, aber nicht in der Hand des Volkes, sondern derer, die den Parteiapparat beherrschen. Sie alle verkörpern den Typ der Ordnungsparteien, die sich im Modus, nicht aber in der Substanz unterscheiden. Bei den Wahlen gibt es keinen Kampf zwischen echten politischen Alternativen, sondern lediglich Herrschaftskonflikte zwischen Führungseliten.

Dementsprechend werden im Parlament nur Scheinkonflikte ausgetragen, die allerdings mit erheblichem rhetorischen Aufwand. Sachentscheidungen werden weitgehend im vor- und außerparlamentarischen Raum getroffen und vom Parlament nur noch bestätigt.

Die Abhängigkeit des Parlaments vom ökonomischen System - nur Verfügungsgewalt über den Teil des Bruttosozialprodukts, der verteilt werden kann, ohne die private Profitmaximierung zu gefährden, vergl. Staat und Wirtschaft s.o. - äußert sich unter anderem in der freiwilligen Aufgabe formeller Befugnisse zu Gunsten der Exekutive dort, wo steuernd in die Wirtschaft eingegriffen werden muß, z. B. durch

- Notstandsgesetze,
- Stabilitätsgesetze,
- Vertreter der Exekutive in Europaparlament, EWG und NATO, deren Entscheidungen kaum kontrollierbar sind und nur mehr oder weniger ratifiziert werden können.

Darüber hinaus ist die Initiative z.B. bei der Gesetzgebung längst auf die Administration übergegangen. Der größte Teil aller Gesetzentwürfe wird von der Ministerialbürokratie eingebracht, die sich so die Gesetze ausarbeitet, an die sie später gebunden werden soll. Daß die Administration bei der Ausarbeitung der Gesetzentwürfe im Benehmen mit den Interessengruppen arbeitet und daß die Interessengruppen, die die Belange der Allgemeinheit vertreten (Gewerkschaften, Verbraucherverbände) nicht die stärksten sind, braucht nur noch am Rande erwähnt zu werden. Die Ergebnisse sprechen für sich.

Als einzige Organisation mit Massenbasis vertreten die Gewerkschaften zumindest verbal die Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Jedoch haben sie sich ohne auch nur ansatzweise Gegenwehr z.B. durch die restriktive Rechtsprechung des BAG (Einschränkung des Streikrechts durch Verbot politischer Streiks, wilder Streiks; Friedenspflicht, Zwangsschlichtungsverfahren etc.) in ein Zwangskorsett stecken lassen, das ihnen auch bei gutem Willen eine konsequente Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft nicht mehr ermöglicht. Die einzige Funktion der Gewerkschaften ist im Moment die, den Nachholbedarf bei Konsumlöhnen gegenüber den Unternehmerinteressen durchzusetzen und so diejenigen, die sie vertreten sollen, wenn auch nicht im angemessenen Rahmen an dem gesamtwirtschaftlichen Mehrertrag zu beteiligen, so doch zu beschwichtigen. Auch hier hat sich zumindest die Führung der Gewerkschaften durch die Zusammenarbeit an der Konzertierte Aktion zugunsten der Herrschenden korrumpieren lassen.

Obwohl Parteien und Parlament weitgehend entmachtet sind, Gewerkschaften höchstens verbal vom Klassenstandpunkt sprechen und den Be-

herrschten lediglich ein Anschein demokratischer Willensbildung vermittelt wird, wird dennoch die Zerschlagung formaldemokratischer Institutionen und die Aushöhlung bürgerlicher Freiheiten weiter vorangetrieben (Notstandsgesetze, restriktive Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, Nichtanwendung von Art. 15 GG, beschränkte Anwendung von Art. 14 GG, Arbeitskampfrecht), denn Parteien, Parlamente und Gewerkschaften sind potentiell demokratisch und eine ständige Bedrohung der Herrschenden.

So können durch die Publikationsfunktionen der Diskussionen im Parlament zumindest die größten Widersprüche und Konflikte aufgedeckt werden (HS-30-Affäre, Spiegel-Affäre, Notstandsgesetze etc.). Parteien und Gewerkschaften bieten, wenn sie von den Mitgliedern aktiv getragen werden oder die Aktivität programmatisch und praktisch fördern, den Massen die Möglichkeiten, sich zu organisieren, und durch ihre Solidarität den Mechanismus der Herrschenden empfindlich zu stören.

2. Strategie der Deutschen Jungdemokraten

A) Präambel

Das Ergebnis der politischen Analyse scheint aufzuzeigen, daß die Situation hoffnungslos ist. Die herrschende Klasse verstärkt ihre Bemühungen, Möglichkeiten der Demokratisierung abzubauen. Das potentiell fortschrittliche Grundgesetz wird ausgehöhlt; die Notstandsgesetze sind ebenso Folge wie Symptom dieser Entwicklung. Schon drohen die Vertreter des Rechtskartells wie Dichtgans mit der "Totalrevision" des Grundgesetzes.

Das potentiell demokratische Parlament wird immer mehr entmachtet; es wird degradiert zur Abstimmungsmaschine für außerhalb getroffene Entscheidungen. Seine aktuelle Funktion erschöpft sich in der Aufgabe, diese Tatsache vor der Bevölkerungsmehrheit zu verschleiern und öffentlich Scheinkonflikte auszutragen.

Gewerkschaften und Parteien als mögliche Sammelpunkte progressiver Kräfte sind weitgehend in das bestehende Herrschaftssystem integriert; die Gewerkschaften erkennen das bestehende Bezugssystem an, die Parteien führen einen Kampf gegen "Extremisten von links und rechts", der sich in der Praxis ausschließlich gegen die fortschrittlichen politischen Bewegungen richtet.

Das gesamte Herrschaftssystem ist hauptsächlich abgesichert durch die Manipulation der Bevölkerungsmehrheit. Familie, Schule und Arbeitsplatz sind Stationen eines Prozesses, der Untertanen schafft; die so vorprogrammierte Bevölkerung ist einer gigantischen Werbung und der Meinungsmanipulation im engeren Sinne ausgesetzt.

Sollten aber alle diese Sicherungen für das System versagen, so bleibt schließlich noch der Machtapparat des Staates in Form von Justiz und Polizei und, wenn eines Tages die "Stunde der Not" für die Herrschaft des Kapitals kommen sollte, als letztes Mittel der Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Die Herrschenden scheinen also fest im Sattel zu sitzen; dennoch wächst auf Grund der Widersprüche dieses Gesellschaftssystems auch die Möglichkeit der Überwindung: Das immer stärker werdende Eingreifen des Staates zur Sicherung der privaten Profitmaximierung erfordert den Abbau der Grundrechte; sie ruft aber auch damit den Widerstand einer Vielzahl von Demokraten hervor, die die parlamentarische Demokratie erhalten wollen, ohne allerdings die Ursachen für die Zerstörung zu erkennen. Gewerkschaften und Parteien verstehen sich als systemerhaltend; dennoch wächst jedenfalls in denjenigen Organisationen, die subjektiv die Interessen der Bevölkerungsmehrheit vertreten, die Erkenntnis, daß der Feind nicht links, sondern rechts steht.

Die Ideologiefabriken wie Familie, Schule, Universität und Betrieb funktionieren zwar nach wie vor, aber die Notwendigkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution erfordern ein höheres Bildungsniveau und bieten damit die Möglichkeit, die objektive gesellschaftliche Lage zu erkennen. Der Widerspruch zwischen Anspruch und Funktion der Massenmedien bricht vielfach auf; Ansätze systemkritischer Information werden sichtbar. Selbst im Machtapparat des Staates zeigen sich (noch weitgehend latente) Widersprüche; progressive Juristen, Polizisten und Soldaten lehnen die ihnen zugeordnete Funktion ab und erhöhen so das Risiko des Einsatzes staatlicher Machtmittel.

Diese eben aufgezeigten Tendenzen sind Möglichkeiten, die in der Gegenwart erst in Ansätzen nachweisbar sind. Ob diese Möglichkeiten zu Wirklichkeiten werden, hängt weitgehend von der Strategie der systemkritischen Kräfte ab.

Sollen die DJD angesichts der gesellschaftlichen Zustände in der BRD das Grundgesetz als Illusion, das Parlament als Diener der herrschenden Klasse entlarven und den Kampf gegen Familien, Kirchen, Schulen, Universität, Betrieb, Justiz, Massenmedien, Polizei und Bundeswehr gleichzeitig führen?

Eine derartige Strategie ist für jede Organisation angesichts des politischen Kräfteverhältnisses Irrsinn; für den einzelnen bleibt die Wahl, den Kampf mit Waffengewalt oder dessen Vorbereitung zu führen und damit zum Selbstmörder und Wegbereiter der Reaktion zu werden, oder als Antiautoritärer den Hofnarren des Systems zu spielen. Unsere Einschätzung der ökonomischen Verhältnisse macht eine Zusammenarbeit mit terroristischen (Stadtguerrilleros), anarchistischen und langfristig auch

nur antiautoritären Gruppen unmöglich.

Eine revolutionäre Situation ist z.Zt. nicht vorhanden und auch nicht machbar; was aber u.U. machbar ist, ist eine Situation, in der die verschleierte Diktatur des Kapitals in einer Form der parlamentarischen Demokratie zu einer offenen Diktatur des Kapitals in der Form des Faschismus wird.

Es bleibt also kein anderer Weg, als trotz aller aufgezeigten Hindernisse die Bevölkerungsmehrheit zu gewinnen. Ansatzpunkt einer derartigen Strategie muß die Tatsache sein, daß die Entwicklung unseres Systems sich zunehmend gegen die Interessen aller Gruppen und Schichten unserer Bevölkerung mit Ausnahme der Kapitaleigner richtet. Es gilt also herauszufinden, an welchen Punkten konkrete Zielgruppen durch diese Entwicklung geschädigt werden, deren Gegenaktionen zu unterstützen und dabei immer wieder auf die wahren Ursachen der Fehlentwicklung hinzuweisen.

Daraus folgt, daß zumindest eine punktuelle Zusammenarbeit nötig ist mit allen gesellschaftlichen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, deren Anspruch den Systeminteressen widerspricht.

B) Grundsätze der Zwei-Wege-Strategie

I. Strategie der beiden Wege

Ausgangspunkt der politischen Arbeit der DJD ist der Strategiebeschluß der beiden Wege von Herrenalb.

Die Jungdemokraten sind sich bewußt, daß demokratische Institutionen wie Gewerkschaften, Parteien, Parlamente im Zuge einer immer stärkeren Verlagerung der Macht auf die staatlichen Exekutivorgane und der gleichzeitig immer weiter fortschreitenden Verflechtung der staatlichen Macht mit der Macht der Monopole und der Großindustrie immer mehr in Gefahr geraten, vorwiegend der Verschleierung bestehender Herrschaftsverhältnisse in unserer Gesellschaft und der Beschwichtigung gegenüber demokratisch-emanzipatorischen Forderungen zu dienen. Da dieser Prozeß (der "Transformation der Demokratie" (Agnoli)) sich vollzieht unter einer immer stärkeren Aushöhlung der im Grundgesetz verankerten Möglichkeiten der emanzipatorischen Entwicklung unserer Gesellschaft durch die Demokratisierung auch der nichtstaatlichen Bereiche - insbesondere der Wirtschaft - und der ständigen Anpassung des Grundgesetzes und der Funktionen der demokratischen Institutionen an die Bedürfnisse der Großindustrie ("Formierte Gesellschaft", "Konzertierte Aktion", Stabilitätsgesetz, Notstandsgesetze), können die DJD ihre politischen Ziele nur erreichen, indem sie das Grundgesetz, die

demokratischen Parteien, die Gewerkschaften und die Parlamente gegenüber den Entmachtungstendenzen durch die Interessenvertreter des Großkapitals verteidigen. Eine wichtige Aufgabe der Jungdemokraten ist daher der Kampf gegen die antiparlamentarische Haltung der politischen Rechten in der BRD.

Eine Verteidigung der demokratischen Institutionen unserer Gesellschaft und ihre progressive Entwicklung sind jedoch über die politisch immer schwächer werdenden Parteien und Parlamente allein nicht möglich, da diese im günstigsten Fall die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zwischen demokratisch-progressiven und reaktionär-konservativen Bewegungen widerspiegeln. Daher muß neben der Unterstützung der Organe der repräsentativen Demokratie und der politischen Arbeit in und mit diesen immer mehr der Versuch, in den verschiedensten Gruppen und Organisationen der Gesellschaft selbst demokratische Initiativen in Gang zu setzen oder zu unterstützen und Modelle emanzipatorischen und antiautoritären Verhaltens zu entwickeln und zu fördern, zum festen Bestand der politischen Arbeit der DJD werden. Die inhaltliche Bestimmung dieser Arbeit darf nicht von der Zustimmung der F.D.P. abhängig gemacht werden.

II. Aufgreifen progressiver Ziele in allen Gruppen der Gesellschaft

Der Versuch, demokratische Entwicklung und Bewußtseinsbildung zu fördern, muß sich auf möglichst alle Teile und Gruppen der Gesellschaft erstrecken. Keine Gruppe außer dem harten Kern des sich in der BRD formierenden Rechtskartells (NPD, rechter Flügel der CDU/CSU usw.) darf "rechts liegen gelassen werden". Auch und gerade diejenigen Gruppen und Organisationen, die wider ihre eigenen langfristigen Interessen dazu neigen, sich zu Vollzugsgehilfen der Herrschaft des Großkapitals zu machen (Bundeswehr, Polizei, Bauern, Beamte, Richter), dürfen bei der Bemühung um ein Ingangsetzen demokratischer Prozesse nicht ausgelassen werden. Von den Folgen der allein auf Profitmaximierung der Großunternehmer ausgerichteten Formierung unserer Gesellschaft werden alle Bevölkerungsgruppen betroffen, insbesondere durch die strukturelle Unterversorgung der öffentlichen Haushalte ("öffentliche Armut") und die daraus sich ergebende Vernachlässigung wichtiger gesellschaftspolitischer Aufgaben wie z.B. Umweltschutz, Bildungswesen, Gesundheitspolitik usw.

Es müssen daher in jeder Gruppe deren eigene liberale, humane, demokratische, progressive und rationale Ansprüche und legitime Interessen ernst genommen und in ihren Konsequenzen bis zum Scheitern an systembedingten Schranken entwickelt werden, um so dann systemkritisches Bewußtsein zu erzeugen.

Hierbei wird es darauf ankommen, daß sich die progressiven Kräfte der Gesellschaft nicht von der Bevölkerungsmehrheit trennen lassen.

Vielmehr muß versucht werden, den Kern des Rechtskartells zu isolieren und die in den Jahren seit dem zweiten Weltkrieg in Ansätzen entstandene Identifikation der Bevölkerungsmehrheit mit der liberalen Demokratie als Ausgangspunkt für eine Verteidigung und Fortentwicklung von demokratischen Institutionen zum Tragen kommen zu lassen. Anknüpfungspunkte müssen in Zukunft mehr und mehr bei den konkreten politischen Fragen gesucht werden. Theoretische Fragen, insbesondere der große "utopische Gegenentwurf" einer Gesellschaft, müssen zwar weiter behandelt werden, bei der politischen Arbeit aber hinter der Unterstützung und dem Aufgreifen konkreter Forderungen zurückbleiben. Aus diesem Grund muß auch die Kommunalpolitik ein wesentliches Arbeitsfeld der DJD werden.

III. Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Gruppen

Die Jungdemokraten können alleine die oben umrissene Strategie aufgrund ihrer beschränkten Mitgliederzahl und Mitgliederstruktur nicht durchsetzen. Sie werden sich daher in gewissem Sinne arbeitsteilig spezialisieren müssen und sind angewiesen auf Bündnisse mit anderen demokratisch-emanzipatorischen Gruppen und Organisationen, insbesondere demokratischen Sozialisten, wobei die Jungdemokraten davon ausgehen, daß diese mit den Liberalen ihre historische Herkunft aus Humanismus und Aufklärung gemeinsam haben und beide in der Emanzipation ihre politische Zielsetzung sehen.

Die Jungdemokraten werden insbesondere ihre radikal-demokratische Zielsetzung betonen und vor allem diejenigen Gesellschaftsgruppen ansprechen müssen, die aufgrund ihrer Ausbildung und ihres Berufes eher als andere die Einschränkung liberaler Bürgerrechte als eine ihren Interessen zuwiderlaufende Entwicklung zu erkennen vermögen. Es handelt sich hierbei vorwiegend um die immer größer werdenden Gruppen der Bevölkerung, die aufgrund ihrer Funktionen in der technischen Leistungsgesellschaft notwendigerweise mit einem überdurchschnittlichen Informations- und Bildungsprivileg ausgestattet sind. Den Kern dieser Gruppen bilden das Bildungsbürgertum und die aufstiegsorientierte Arbeiterschaft. Hierbei ist aber strikt auf eine enge Zusammenarbeit mit denjenigen Organisationen zu achten, die einen starken Rückhalt in allen Schichten der Lohnabhängigen haben (Gewerkschaften, SPD, Jusos).

Insbesondere im Kampf gegen das sich formierende Rechtskartell arbeiten die Jungdemokraten mit allen gegen diese Machtkonzentration der politischen Rechten gerichteten Gruppen und Organisationen zusammen, auch wenn diese z.T. mit der Programmatik der Jungdemokraten nicht zu ver-einbarende Ziele verfolgen, solange gesichert ist, daß die DJD ihren eigenen Standpunkt deutlich vertreten können. Dabei achten sie darauf, daß sinnlose Provokationen unterbleiben, die aufgrund der dadurch herbeigeführten Polarisierung die Anhängerschaft der Rechten nur vergrößern. Sie lehnen es ab, Beteiligte an Aktionen gegen das Rechtskartell zu veranlassen, das aufgrund zivilrechtlicher Haftung oder straf-

rechtlicher Verfolgung schwerwiegende persönliche Nachteile für sie zur Folge hätte.

Die Jungdemokraten lassen sich jedoch nicht in die Reihe derer stellen, die aufgrund rein formeller Kriterien durch Gleichsetzung von "Links- und Rechtsextremismus" tendenziell faschistische Bewegungen einerseits mit demokratischen Protestbewegungen andererseits identifizieren, auch wenn letztere sich aufgrund ihrer fortwährenden Frustration durch ein zu keinerlei grundlegenden Reformen bereites Gesellschaftssystem zu irrationalen Protesthandlungen hinreißen lassen. In einem solchen Falle ist es nicht Aufgabe der DJD, durch eine Distanzierung die Verleugnung des rationalen Kerns und der demokratischen Motivation dieses Protestes zu erleichtern, sondern die Betroffenen gegen das Zuschlagen der Macht der Rechten zu verteidigen und die gesellschaftlichen Ursachen des Protestes offenzulegen sowie andererseits die Betroffenen von der Irrationalität und Schädlichkeit ihres Handelns für eine progressive Politik zu überzeugen.

IV. Ziele der Zusammenarbeit mit der F.D.P.

Die Arbeit in den Institutionen der parlamentarischen Demokratie bedeutet für die Jungdemokraten vor allem die Arbeit an einer progressiven Entwicklung der F.D.P. Dabei sind in der gegenwärtigen Situation folgende Ziele schwerpunktmäßig zu verfolgen:

- 1.) Verteidigung der bisher rechtlich und institutionell verwirklichten Grundsätze liberaler Politik wie Grund- und Menschenrechte, Demokratie im staatlichen Bereich, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, insbesondere im Kampf gegen das Rechtskartell und dessen Versuch, das Grundgesetz weiter auszuhöhlen und die Macht demokratisch legitimer Organe weiter einzuschränken.
- 2.) Konsequenter Ausbau und Weiterentwicklung der staatlichen Demokratie durch Verwirklichung liberaler Ziele, die bisher gegen reaktionäre und konservative Gruppen auch in der F.D.P. nicht durchgesetzt werden konnten, wie z.B. Trennung von Kirche und Staat, freie Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst, konsequente Gewaltentrennung, direkte Formen der Demokratie usw.
- 3.) Verwirklichung liberaler Prinzipien im gesamten gesellschaftlichen, also auch nichtstaatlichen Bereich, insbesondere in der Wirtschaft, d.h. Demokratisierung der Gesellschaft.
- 4.) Schaffung der gesellschaftlichen und sozialen Voraussetzungen zur Wahrnehmung der formal garantierten Rechte und zum Funktionieren der für diese Garantie geschaffenen Institutionen, insbesondere durch gleiche Bildungschancen in einem Bildungssystem, das die Bürger in die Lage versetzt, ihre Interessenlage und ihre Rolle in der Gesellschaft klar zu erkennen und sich gemäß dieser Einsicht zu verhalten,

durch ein Informationssystem, das dem Bürger die Möglichkeit der realistischen Beurteilung der politischen Situation ermöglicht, durch genügend Möglichkeiten zur politischen Betätigung für jeden Bürger (Arbeitszeitverkürzung, innerparteiliche Demokratie, Mehrparteiensystem und entsprechendes Wahlrecht) sowie durch ein überschaubares, bürgernahes Rechtssystem.

- 5.) Schaffung der bewußtseins- und verhaltensmäßigen Voraussetzungen für Demokratie in Staat und Gesellschaft, vor allem durch Einschränkung der auf autoritäre Verhaltensweisen zielenden Wirkung der "Ideologiefabriken" Familie, Kirche, Schule, Bundeswehr, Massenmedien usw.
- 6.) Überwindung der Diskrepanz zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum, d.h.: der auf dem Prinzip der gesellschaftlichen Produktion bei privater Aneignung der Gewinne beruhenden strukturellen Unterversorgung der staatlichen Stellen mit Finanzmitteln für langfristige gesellschaftliche Investitionen; Aufgeben der Orientierung der Wirtschafts-, insbesondere der Investitionspolitik am rein quantitativen Zuwachs des Sozialproduktes und daher an der Profitmaximierung der Unternehmen zugunsten einer qualitativen Steuerung des Sozialproduktes im Sinne der vorrangigen gesellschaftlichen Aufgaben.
- 7.) Konsequente Weiterentwicklung der Ansätze zu einer realistischen, friedlichen, nicht imperialistischen Außen- und Verteidigungspolitik, Unterstützung einer europäischen Sicherheitskonferenz zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, Lösung der Bindungen zum US-Imperialismus, Schaffung eines rein defensiven und weniger aufwendigen Verteidigungssystems; konsequente Einbeziehung der EWG in die Demokratisierungsbestrebungen.

V. Selbstverständnis der F.D.P.

Um die F.D.P. in diesem Sinne zu einer wirksamen, progressiven politischen Kraft zu entwickeln, müssen die Jungdemokraten folgende Grundsätze in der F.D.P. zu verwirklichen suchen:

- 1.) Das Selbstverständnis der DJD muß immer mehr auch für die F.D.P. verbindlich werden, d.h. die F.D.P. muß eine linksliberale, radikal-demokratische Partei werden, die gemeinsam mit demokratischen Sozialisten die Emanzipation des Menschen durch politische Arbeit in allen gesellschaftlichen - d.h. auch den nichtstaatlichen - Bereichen zu verwirklichen versucht.
- 2.) Die F.D.P. ist keine Volkspartei, sie muß daher ihre Programmatik und ihr Wahlkampfverhalten auf eine klar umrissene Zielgruppe ausrichten, und zwar auf denjenigen Teil der Bevölkerung, der im

Augenblick am ehesten als Träger demokratischer Ideen wirken kann: Bildungsbürgertum und aufstiegsorientierte Arbeiterschaft; zusätzlich muß eine Politisierung der noch weitgehend unpolitischen Frauen durch ein gezieltes Programm zur Gleichberechtigung und Emanzipation der Frau in Gang gebracht werden; insbesondere sind junge Bevölkerungsgruppen anzusprechen und vor einem Abgleiten ins konservative Lager für eine progressiv-liberale Politik zu gewinnen.

- 3.) Die Personalstruktur in den Parteigremien muß schneller als bisher dem Stand der Meinungsbildung in der Partei angepaßt werden. Dazu sind insbesondere die Verfahren zur Wahl von Delegierten und Mandatsträgern zu überprüfen (Wahlen in kürzeren Abständen). Gleichzeitig muß eine Verbesserung der innerparteilichen Demokratie, insbesondere durch Herstellung der Parteiöffentlichkeit, in allen Beschlußgremien erreicht werden.
- 4.) Von den programmatischen Zielen der F.D.P. müssen in den Parlamenten und Regierungen insbesondere bei Koalitionsbildungen statt wie bisher die konservativen Teile zu Lasten der progressiven umgekehrt die fortschrittlichen zu Lasten der weniger progressiven Ziele durchgesetzt werden.

VI. Taktisches Verhalten bei der Zusammenarbeit mit der F.D.P.

Für das Verhalten der Jungdemokraten beim Versuch der Fortentwicklung der F.D.P. muß von folgenden Leitlinien ausgegangen werden:

- 1.) Die Jungdemokraten müssen bei ihrer Argumentation von den ursprünglichen humanistischen, aufklärerischen, demokratischen, emanzipatorischen Zielsetzungen des Liberalismus ausgehen und auf einer Herleitung aller konkreten politischen Forderungen und Handlungen aus dieser Zielsetzung bestehen. Auch die F.D.P. muß bei ihrem eigenen Anspruch gepackt werden. Die Vertauschung von Mitteln zur Erreichung dieser Ziele wie Privateigentum an Produktionsmitteln, Erbrecht, Orientierung der Wirtschaft am Profitinteresse der Unternehmer usw. mit den Zielen selbst muß überwunden werden. Die F.D.P. muß von der Partei des Eigentums, d.h. der Großeigentümer an Produktionsmitteln, wieder zur Partei der Freiheit der größtmöglichen Zahl werden.
- 2.) Die Jungdemokraten müssen sich durch intensive und konstruktive Mitarbeit in allen Parteigremien und im Wahlkampf für die Partei unentbehrlich machen.
- 3.) Die Jungdemokraten gehen von einem instrumentellen Verhältnis zur Partei aus, d.h. sie sehen in Parteien Instrumente zur Durchsetzung politischer Ziele und in ihrer Existenz keinen Selbstzweck. Insbesondere ist es nicht mit dem Selbstverständnis der Jungdemo-

kraten vereinbar, auf die Durchsetzung politischer Ziele nur deshalb zu verzichten, um einer mehr dem Namen nach liberalen Partei einige Prozent Wählerstimmen aus dem konservativen Lager nicht zu vergraulen.

Bei der Alternative, vorübergehende Wählerverluste hinzunehmen oder auf eine progressive Entwicklung der Partei zu verzichten, ist deshalb dem ersteren der Vorzug zu geben.

- 4.) Die Jungdemokraten legen die Inhalte ihrer politischen Ziele unabhängig von der Durchsetzbarkeit in der F.D.P. fest. Bei dem Versuch der Durchsetzung in den F.D.P.-Beschlußgremien ist jedoch auf die Notwendigkeit der Überwindung der 5-%-Klausel Rücksicht zu nehmen. Dies wird um so leichter möglich sein, als die F.D.P. immer mehr auf eine radikaldemokratisch, antiautoritär und rational eingestellte Wählerschaft aus vorwiegend jüngeren Bevölkerungsgruppen angewiesen ist.
- 5.) Die Jungdemokraten lassen sich nicht auf bedingungslose Unterstützung der F.D.P.-Politik festlegen. Sie machen insbesondere ihre Wahlkampfunterstützung und ihre Mitarbeit beim organisatorischen Ausbau der Partei einschließlich der Mitgliederwerbung abhängig von der personellen Zusammensetzung der jeweiligen Parteiorgane, von Koalitionsabsichten und den Inhalten von Wahl- und Aktionsprogrammen. Es muß zur Selbstverständlichkeit werden, daß nicht jeder Kandidat der F.D.P. mit Wahlkampfhilfe der Jungdemokraten rechnen kann, sondern daß diese im Wahlkampf alle ihre Einsätze gezielt auf die Unterstützung solcher Kandidaten konzentrieren, die ihrerseits zu einer Zusammenarbeit mit den Jungdemokraten bereit sind.

VII. Verhältnis der beiden Wege der Strategie

Die beiden Wege der Strategie der Jungdemokraten sind keine alternativ zu sehenden oder voneinander unabhängigen Teile eines Konzepts. Sie tragen lediglich der Einsicht Rechnung, daß Änderungen der politischen Verhältnisse in unserer Gesellschaft weder ohne eine Bewußtseinsänderung der Bevölkerung, die dieser die Artikulation demokratischer Forderungen und die Selbstorganisation zu deren Durchsetzung ermöglicht, noch eine Sanktionierung der so neu entstandenen Machtverhältnisse durch Parlamente, durchsetzbar sind. Schafft die Arbeit in den Parteien und Parlamenten erst die Möglichkeit, daß Freiheitsspielräume für demokratische Initiativen erhalten oder geschaffen werden können, so können erst auf Grund einer Änderung des politischen Bewußtseins einschließlich des Wahlverhaltens in den Parlamenten wieder grundlegende Entscheidungen für die Weiterentwicklung der Demokratie erwartet werden. Für die Jungdemokraten ist die Arbeit in allen Bereichen der Gesellschaft und die Zusammenarbeit mit anderen progressiven Gruppen vor allem auch ein Mittel gegen die Gefahr der reibungslosen Integration in die Parteiarbeit

ohne ernsthafte Fortschritte im Selbstverständnis der Partei und der Festlegung auf den traditionellen F.D.P.-Kurs.

VIII. Strategie der systemüberwindenden Reformen

Die Strategie der Jungdemokraten hat systemüberwindenden Charakter, indem sie auf Minimierung der Herrschaft von Menschen über Menschen, den Abbau der Möglichkeit, sich die Produkte fremder Arbeit anzueignen und die Demokratisierung zum Ziel hat. Die Strategie der Jungdemokraten schließt eine Revolution im Sinne eines punktuellen Umsturzes mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats aus. Die Jungdemokraten gehen davon aus, daß eine revolutionäre Situation weder gegeben ist noch herbeigeführt werden kann oder sollte.

Für Jungdemokraten ist daher die Ausschluß von Gewaltanwendung als Mittel der Politik in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit. Ebenso kommt für sie die Bildung revolutionärer Kader zum Aufbau einer kommunistischen Kampforganisation für die Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht in Frage. Dogmatischer Kommunismus oder Marxismus in diesem Sinne widerspricht den Grundsätzen der Jungdemokraten. Eine wichtige Konsequenz für die Politik der Jungdemokraten ist es, daß sie alle Handlungen vermeiden, deren politische Folgen fast ausschließlich in einer Manifestierung der Macht des Rechtskartells sind. Die Erkenntnis, daß kapitalistische Wirtschaftsordnungen potentiell faschistisch sind, verpflichtet zum Kampf gegen diese Gefahr und nicht zur Provokation der in diese Richtung drängenden Kräfte, wenn diese nicht wirksam bekämpft werden können.

IX. Verbandsinterne Auseinandersetzungen

Bei der internen Auseinandersetzung ist es für einen radikal-demokratischen, auf Rationalität verpflichteten, liberalen Verband selbstverständlich, daß auch mit von verbindlichen Beschlüssen abweichenden Meinungen die argumentative Auseinandersetzung weitergeführt wird und diese nur im äußersten Falle zur Abwendung schwerer Schäden vom Verband zugunsten anderer Mittel "politischer Auseinandersetzung" aufgegeben werden können.

Die Jungdemokraten, die von der F.D.P. mehr innerparteiliche Demokratie fordern, müssen diese vorbildlich insbesondere durch Tolerierung von Minderheiten im eigenen Verband praktizieren. Vor allem sind Ausschlüsse aus dem Verband nur als wirklich letztes Mittel anzusehen, den Verband vor schwerem Schaden durch schwerwiegende oder wiederholte Verstöße gegen Statuten oder Beschlüsse des Verbandes zu schützen, in Betracht zu ziehen. In jedem Falle ist darauf zu achten, daß mit Mitgliedern, denen bewußt verbandsschädigendes Verhalten nachgewiesen ist, Sympathisanten nicht gleich mit ausge-

geschlossen werden, und so Ausschlüsse zu Mitteln politischer Richtungskämpfe werden, mit deren Hilfe die jeweilige Mehrheit sich einer unbequemen Minderheit entledigt.

Die Jungdemokraten, die sich um die Aktivierung gerade auch von Mitgliedern der ehemaligen APO für den langen Marsch durch die Institutionen und insbesondere für die Mitarbeit in Parteien bemühen, sollten nicht durch Ausschlüsse von engagierten Mitgliedern, die sich der Mehrheitsmeinung noch nicht anschließen können, diese in ihren Auffassungen und Verhalten bestärken und so auf eine nach Auffassung der Jungdemokraten für eine progressive Politik schädliche Haltung festlegen, sondern versuchen, das Engagement dieser Mitglieder durch bessere Argumentation für die vom Verband verfolgte Strategie zu gewinnen. Insbesondere muß es für die Jungdemokraten unzulässig sein, eine Ablehnung politischer Standpunkte und vor allem Ausschlüsse von Mitgliedern wortfetischistisch mit plakativen Bezeichnungen wie Reformist, Revisionist, Revolutionär, Marxist usw. zu begründen; ausschlaggebend muß in jedem Falle die inhaltliche Aussage und das Verhalten der Betroffenen sein.

C) Zur Funktion und Praxis der Basisarbeit

Diese Strategie hängt in der Luft, wenn nicht dahinter mobilisierte, artikuliert und organisierte Bedürfnisse stehen. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Veränderung der herrschenden Verhältnisse spielen sich nicht nur im Bereich der Institutionen und Organisationen ab, sondern treten in vielfältigen Erscheinungsformen in allen Lebensbereichen auf.

Aber

auch die Aufhebung der Nebenwidersprüche gehört zu einer umfassenden Veränderung der Gesellschaft. Die DJD als nicht im Produktionsbereich verankerte Jugendorganisation werden im Rahmen dieses Feldes gesellschaftlicher Auseinandersetzungen einen Beitrag zur Politisierung von Jugendlichen leisten.

Kernpunkte systemkritischer Jugendarbeit sind:

- a) Jugendarbeit ist Teilprozeß der sekundären Sozialisation, die wesentlich bedingt ist durch die gesellschaftlichen Verhältnisse. Jugendarbeit ist damit immer systembedingt.
- b) Progressive Jugendarbeit in der BRD und West-Berlin wird daher nicht nur gegen autoritäre Charakterstrukturen, sondern auch gegen die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse kämpfen. Daher ist Jugendarbeit immer politisch und progressive Jugendarbeit immer systemkritisch.
- c) Systemkritische Jugendarbeit, die den Anspruch ernst nimmt, der individuellen und gesellschaftlichen Emanzipation zu dienen, kann sich nicht auf ergänzende Freizeitgestaltung und akademische Bildungsveranstaltung beschränken, sondern ist Vorbereitung und Teil systemüberwindender Praxis.

- d) Inhalte, Arbeitsformen und Organisationsstrukturen der Jugendarbeit sind daher entscheidend unter strategischen Gesichtspunkten zu bestimmen, ohne die klassenspezifisch unterschiedlichen Sozialisations- und altersmäßigen Entwicklungsprozesse zu vernachlässigen.
- e) Systemkritische Jugendarbeit unterscheidet sich von anderen Formen politischer Praxis insbesondere dadurch, daß sie sich bemüht, die individuelle Konstitution zu berücksichtigen, die gemeinsamen Erfahrungen aufzuarbeiten und auch Experimente zu wagen.

Aus diesen allgemeinen Überlegungen ergeben sich folgende Konsequenzen:

- Der strategische Punkt, an dem die Organisierung von Jugendlichen geschehen muß, ist der jeweilige Arbeitsbereich, d.h., bei Jugendlichen der Ausbildungsbetrieb (Lehrlinge) oder die Schule (Oberschüler).
- Die Jugendlichen sollen sich in Kleingruppen (Kollektive, Basisgruppen usw.) organisieren, um so die Vermittlung von individueller und gesellschaftlicher Emanzipation leisten zu können.

Diese Arbeitsweise ermöglicht die Erfahrung von Solidarität, die Stärkung von Selbstbewußtsein und politisches Handeln. Sie nimmt die Impulse der antiautoritären Basisarbeit auf, ohne sie als umfassende politische Strategie zu verzerren. Die Bildung von Kollektiven ist die Möglichkeit, Jugendlichen, die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse frustriert und "kaputt" sind, die Chance einer erreichbaren und helfenden Perspektive zu geben.

Sie ist insofern sozial.

Gruppenarbeit will durch gemeinsames theoretisches Studium (Schulung) die individuellen Probleme auf ihre gesellschaftlichen Ursachen zurückführen, die Vermittlung der konkreten Umwelt mit den gesellschaftlichen Verhältnissen leisten, den dialektischen Zusammenhang von individueller und gesellschaftlicher Emanzipation klären und so rationale Entscheidungen frei von Trieb-, Real- und Gewissensängsten ermöglichen.

Sie ist insofern demokratisch.

Die Zusammenarbeit in einer überschaubaren Gruppe ermöglicht, den politischen Standpunkt frei von Zwang und Druck in der Auseinandersetzung mit anderen zu entwickeln. Gruppenarbeit kann experimentieren, weil sie keinen umfassenden politischen Anspruch stellt.

Sie ist insofern pädagogisch.

Systemkritische Jugendarbeit bemüht sich um Veränderungen zumindest im unmittelbaren Lebensbereich der Betroffenen, sie vermittelt auf einer konkreten Ebene die Erfahrung der Machbarkeit von Gesellschaft.

Sie ist insofern politisch.

Auch diese politische Praxis braucht die Zusammenarbeit mit anderen. Für die arbeitenden Gruppen wird es in erster Linie darauf ankommen, örtlich und regional mit Gruppen aus dem gleichen Praxisbereich (Lehr- linge bzw. Schüler) einen kommunikativen und organisatorischen Zu- sammenhang herzustellen, Erfahrungen auszutauschen und in gemein- samen Aktionen ihre Position zu vereinheitlichen.

Diese Zusammenarbeit wird aber provinziell bleiben, wenn sie nicht durch eine Zusammenarbeit auf der Ebene der Verbände und Jugend- organisationen ergänzt wird.

Nachdem es schon innerhalb des Bundesjugendringes eine Politisierung gegeben hat und die traditionell jugendpflegerischen Verbände begriffen haben, daß sie politisch sind und sein müssen, wird es den jugendpoliti- schen Verbänden im RPJ zu vermitteln sein, daß sie Jugendverbände sind. Als erste Konsequenz aus diesen Überlegungen sollten sich so- wohl auf Kreis- wie Landes- und Bundesebene Arbeitsgruppen aus Vertretern der progressiven Jugendverbände bilden, um grundsätzliche, inhaltliche und organisatorische Fragen der politischen Jugendarbeit zu diskutieren, die traditionellen und unbegründeten Unterschiede der Ver- bände zu überwinden, eine gemeinsame Perspektive und Praxis zu ent- wickeln und die unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkte zu koordinieren.